

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.06.2022

Inhalt

EWN

1 Aufgrund von Wartungsarbeiten: Gaslieferung via Nord Stream 1 im Juli unterbrochen <i>tagesspiegel.de, 13.06.2022</i>	3
2 „Der Osten wird derzeit im Regen stehen gelassen“ <i>nordkurier.de, 13.06.2022</i>	4

tagesspiegel.de | 13.06.2022

WEBLINK

Aufgrund von Wartungsarbeiten: Gaslieferung via Nord Stream 1 im Juli unterbrochen

Im kommenden Juli soll die Ostsee-Pipeline für 10 Tage stillgelegt werden. Entsprechend wird Deutschland dann weniger russisches Gas erhalten.

Wegen planungsmäßiger Wartungsarbeiten wird durch die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 1 im Juli über mehrere Tage kein russisches Gas nach Deutschland fließen. Beide Leitungen des Doppelstrangs sollen vom 11. bis 21. Juli abgeschaltet werden, heißt es auf der Internetseite des Betreibers. Entsprechende vorübergehende Stilllegungen gab es schon in den Vorjahren.

Die 1.224 Kilometer lange und 2011 in Betrieb genommene Pipeline, die durch die Ostsee nach Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern führt, ist die wichtigste

Verbindung für russisches Erdgas nach Deutschland. 2021 wurden Unternehmensangaben zufolge mehr als 59 Milliarden Kubikmeter vom westrussischen Wyborg aus transportiert.

Die weitgehend parallel verlaufende Pipeline Nord Stream 2 ist zwar fertig gebaut. Die Inbetriebnahme liegt allerdings in Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine auf Eis. Die Ukraine hat auch die Stilllegung von Nord Stream 1 oder zumindest die Drosselung entsprechender Gaslieferungen gefordert.

 nordkurier.de | 13.06.2022

 Insel Riems

 WEBLINK

„Der Osten wird derzeit im Regen stehen gelassen“

Sorgenvolle Mienen zum Auftakt des Treffens der Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer: Wie kommt der Osten weg von den fossilen Energieträgern – und weg von Russland?

Auf erneuerbare Energien umsteigen, auf russisches Öl verzichten und gleichzeitig bezahlbare Preise und Versorgungssicherheit gewährleisten – kann das klappen? Mit diesen Fragen im Gepäck sind am Montagvormittag die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer zu ihrer Konferenz auf die Insel Riems bei Greifswald gereist. Ostdeutschland ist historisch bedingt besonders von russischer Energielieferung abhängig. Die Regierungschefs hoffen auf Antworten auch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der am Nachmittag auf Riems erwartet wird.

Der Thüringer Regierungschef Bodo Ramelow (Linke) forderte „eine bundesrepublikanische Kraftanstrengung, damit die neuen Länder nicht einen zusätzlichen Schlag bekommen“. Er verwies auf Tausende Arbeitsplätze in der energieintensive Glasindustrie in seinem Bundesland. Sein Amtskollege aus Brandenburg, Dietmar Woidke (SPD), forderte mit Blick auf die von russischem Pipeline-Öl abhängige Raffinerie in Schwedt: „Ich erwarte, dass es keine Naivität gibt, was die Folgen betrifft.“ Er erwarte, dass die Folgen abgepuffert werden.

Garantieplan Ost gefordert

Die Bundesregierung hat sich wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine im Rahmen des EU-Embargos verpflichtet, auf Öl-Importe über die „Druschba“-Pipeline zu verzichten. Vor allem für Schwedt werden noch Alternativen gesucht.

Bei dem Treffen am Montag muss es laut Woidke um die Versorgungssicherheit in Ost-, aber auch Gesamtdeutschland und die Frage der betroffenen Arbeitsplätze etwa in Schwedt gehen. Drittens müsse es auch Strategien geben, die „exorbitant steigenden“ Energiepreise abzufedern.

Die Linke fordert wegen des Öl-Embargos gegen Russland einen Garantieplan für Ostdeutschland, um Versorgungssicherheit, Standorte, Jobs und Preise zu si-

chern. „Der Osten wird derzeit im Regen stehen gelassen“, kritisierte der Ostbeauftragte der Linksfraktion, Sören Pellmann, am Montag in Berlin. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) unterschätze die Folgen des in der EU vereinbarten Teil-Importstopps für den Osten. Habeck brachte am Montag eine Diversifizierung des Schwedter Standorts jenseits des klassischen Raffinerie-Geschäfts ins Spiel.

Entlastungen für Rentner diskutiert

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey sowie die Vorsitzende der Ost-MPK, Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (beide SPD), brachen erneut Entlastungen auch für Rentner ins Spiel, um die steigenden Energiepreise zu kompensieren. Schwesig skizzierte außerdem, wie ihr Land bei der Umstellung der Energieversorgung helfen könne, etwa mit Öl-Lieferungen für Schwedt über den Rostocker Hafen oder Flüssiggaslieferungen über Lubmin, von wo aus schon jetzt ein großer Teil des deutschen Gas-Verbrauchs erfolge. Dieses Gas kommt allerdings aus der deutsch-russischen Pipeline Nord Stream 1. Bisher gibt es hier keine LNG-Infrastruktur.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) kritisierte den Umgang der Bundesregierung mit der Energiewende und den steigenden Energiepreisen. „Vieles, von dem, was wir da hören, auch mit Tankrabbat, erinnert sehr an Planwirtschaft“, sagte Kretschmer zum Auftakt der Konferenz. „Und es wird am Ende genauso enden: teuer und mit einem wirtschaftlichen Fiasko“.

Schwesig fordert mehr Investitionen

Mit Blick auf die Energiewende sagte Kretschmer: „Dieses Jahrzehnt ist ein Tal, das wir durchschreiten müssen. Wenn wir das falsch machen, ruinieren wir die Wirtschaft.“ Angesichts des angestrebten Verzichts auf russische Energie sei die weitere Nutzung bestehender Atomkraftwerke zu diskutieren. Auch müsse klar ge-

sagt werden, dass es beim Braunkohle-Ausstieg 2038 bleibt. „Davor drückt sich diese Bundesregierung.“

Der Vorsitz der Ost-MPK wechselt jährlich. Die Regierungschefs der fünf ostdeutschen Flächenländer und Berlins kommen in der Regel einmal im Jahr zu einer separaten Beratung zusammen. Thema des eintägigen Treffens soll erneut auch die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland sein. Schwesig hatte zuvor mehr Investition in Forschung und Entwicklung gefordert.

Friedrich-Loeffler-Institut – renommiertes Tagungsort der Ost-MPK (Foto – aktuell) Greifswald (dpa/mv) – Zum Auftakt des Treffens der ostdeutschen Ministerpräsidenten auf der Insel Riems bei Greifswald hat Manuela Schwesig die Besonderheit des Tagungsortes herausgestellt. Das 1910 gegründete Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) sei das weltweit älteste Forschungsinstitut im Bereich Viren, insbesondere von Tieren. Man trage hier, „um das Zeichen zu setzen, dass es ganz wichtig ist, dass wir gute Forschung im Land

haben“, sagte Schwesig, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern ist.

Das Bundesforschungsinstitut hat zwei Forschungsschwerpunkte: zum einen die Gesundheit und das Wohlbefinden von Nutztieren vom Huhn bis zum Rind, zum anderen der Schutz des Menschen vor Zoonosen. Das sind Infektionen, die zwischen Tier und Mensch übertragen werden können – wie etwa Covid-19. Am FLI forschen 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Hauptstandort auf Riems gibt es Labore und Ställe der höchsten Biosicherheitsstufe. Als nationales Referenzlabor ist das FLI auch zur Abklärung für über 70 Tierseuchen zuständig, etwa der Vogelgrippe oder der Schweinepest.

Benannt ist das FLI nach dem Begründer der Virologie und Gründer des Instituts, Friedrich Loeffler (1852-1915), der verschiedene Erreger entdeckte, unter anderem der Diphtherie oder der Maul- und Klauenseuche.